



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dörlau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 10. Februar 2022

Sehr geehrte Mitglieder,

wie ich bereits im angekündigt habe, wollte ich Ihnen gern zusätzlich ein Update zur ersten Plenarsitzung im Jahr 2022 geben. An zwei Tagen wurden insgesamt 18 Tagesordnungspunkte besprochen. Nachfolgend ein Auszug der relevantesten Themen.

1. „Soziale Garantien gegen Energiepreisexplosion“

Vor dem Hintergrund der stark steigenden Energiepreise hat die Fraktion DIE LINKE eine aktuelle Debatte beantragt und im Rahmen dessen gefordert, gerade für einkommensschwache Haushalte einen Ausgleich in Form einer Einmalzahlung von mindestens 200,00 € pro Person vorzunehmen. Mittelfristig solle die Stromsteuer auf 0,1 Cent pro kWh gesenkt werden. Die Fraktion der CDU hat sich ebenfalls für die Senkung der bundesstaatlich veranlassten Steuern, Abgaben und Umlagen ausgesprochen. Die weitere Umsetzung wird uns sicherlich in einer der nächsten Plenarsitzungen wieder beschäftigen.

2. „Stromnetzstabilität und -qualität sichern und mit den Anforderungen eines Industriestandorts in Einklang bringen – Blackout-Gefahr abwenden!“

Die Fraktion der AfD beantragte ebenfalls die Durchführung einer aktuellen Debatte. Diese zum Thema Stromnetzstabilität. Es wurde erneut über die Zukunft der Versorgungssicherheit, die Stromnetzstabilität und den Atomstrom- bzw. und Kohleausstieg diskutiert. Die AfD stellte ausschließlich Forderungen, umsetzbare Lösungsansätze bot sie nicht. Die übrigen Fraktionen haben hier Vorschläge wie den beschleunigten Ausbau von Wind- und Solarenergie, Langzeitspeicher oder auch den Mix aus den Energieformen angebracht, um Stabilität zu erreichen. Die Fraktion der CDU möchte bspw. auch das Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen und vor allem vorhandene Wasserstoffprojekte unterstützen und weiterentwickeln.

3. „Das unterschätzte Risiko der Pandemie – Mentale Gesundheit junger Erwachsener“

Die Fraktion der FDP brachte ebenfalls eine aktuelle Debatte ein. Diskutiert wurde hier über vermehrte Probleme bei Betroffenen psychischer Belastungen, bei einem weiterhin viel zu

geringen Hilfsangebot (psychologische Betreuung). Die Fraktion der FDP forderte, dass dafür Sorge getragen werden müsse, dass sich dringend mehr Psychotherapeuten niederlassen und die Öffnung von Tageskliniken gesichert werden muss. Die Fraktion der AfD hat auch hier keinen Beitrag zur eigentlichen Debatte geleistet, lediglich Kritik an Coronamaßnahmen geübt und falsche Zahlen hinsichtlich der Intensivbetten verbreitet. Angeblich sollen sich diese von 2019 auf 2020 von 1100 auf 700 verringert haben. Thema seitens der AfD also verfehlt. Eine kurze Recherche beim Statistischen Landesamt hat übrigens ergeben, dass es 2019 874 und 2020 858 Intensivbetten waren.

4. „Gesetzesentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert mit ihrem Antrag unter anderem, die Sargpflicht abzuschaffen, den Friedhofszwang zu lockern, Urnenöffnungen zu ermöglichen und eine verpflichtende zweite Leichenschau bei Sargbestattungen durchzuführen (dies ist derzeit nur bei Feuerbestattungen verpflichtend). Sowohl die Fraktion der CDU als auch die Fraktion der FDP haben den Vorschlag zur Aufhebung des Friedhofszwangs abgelehnt. Die Fraktion DIE LINKE hingegen möchte, dass die zweite Leichenschau innerhalb von 24 Stunden erfolgt. Der Gesetzesentwurf wurde im Rahmen des Abstimmungsverfahrens in die Ausschüsse Arbeit/Soziales, Inneres, Recht, Wissenschaft/Energie/Klimaschutz/Umwelt, Wirtschaft und Finanzen überwiesen. Das Thema wird uns in nächster Zeit als intensiv weiter beschäftigen.

5. „a) Unterricht absichern! Schulen müssen offen und erreichbar und Schüler*innen müssen gesund bleiben!

b) Bildung – aber sicher! Präsenzpflcht in den Schulen aussetzen“

a) Die Fraktion DIE LINKE hatte bereits im September den Antrag gestellt, in allen Schulräumen mobile Luftfilter zu installieren und die Voraussetzungen für den Einsatz von Vertretungslehrkräften auf Honorarbasis zu schaffen. Der Antrag wurde daraufhin zur alleinigen Beratung und Beschlussfassung in den Ausschuss für Bildung überwiesen. Nachdem der Ausschuss für Bildung in drei Sitzungen über den Antrag beraten hatte, wurde die Ablehnung des Antrags zur Abstimmung gestellt und als Beschlussempfehlung an den Landtag verabschiedet. Die Beschlussempfehlung wurde im Rahmen des Abstimmungsverfahrens angenommen.

b) Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert mit ihrem Antrag die Beibehaltung des Präsenzunterrichts, die Präsenzpflcht hingegen solle bis mindestens zu den Winterferien ausgesetzt werden, auch um sogenannte „Schattenfamilien“ (Familien mit hochgefährdeten Familienmitgliedern) zu schützen. Zudem sollen nun (endlich) alle Schulen und Klassenzimmer mit Luftfiltern ausgestattet werden und regelmäßige PCR-Pooltestungen erfolgen. Das Ministerium für Bildung vertritt die Meinung, dass sowohl die Schulen als auch der Präsenzunterricht, insbesondere die sozialen Kontakte, sehr wichtig für die Schüler seien. Zum Schutz wurden Hygienekonzepte erarbeitet und die Maskenpflicht eingeführt. Auch die Schulleitungen seien sich einig, dass am Präsenzunterricht festgehalten werden sollte.

Die Koalitionsfraktionen der CDU, SPD haben gemeinsam einen Alternativantrag gestellt, in welchem gefordert wird, den Präsenzunterricht nur dann einzuschränken, wenn dieser pandemiebedingt nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Schulpflcht solle aufrechterhalten bleiben, Distanzunterricht solle nur befristet ermöglicht werden. Außerdem sollen die Schulleitungen die Möglichkeit bekommen, die Maskenpflicht zu lockern – bspw. bei längeren Klassenarbeiten. Der Alternativantrag der Koalitionsfraktionen wurde im Abstimmungsverfahren angenommen.

6. „Bildungspflcht statt Schulzwang – Heimunterricht möglich machen!“

Die Fraktion der AfD möchte Heimunterricht ermöglichen – jedoch nicht nur für die Zeit von Corona. Die Eltern sollen entscheiden dürfen, ob sie ihre Kinder in die Schule schicken oder zu Hause selber unterrichten möchten. Im Rahmen des Heimunterrichts sollen halbjährliche Prüfungen durch den Staat erfolgen, um den Lernfortschritt zu überprüfen. Fallen die Kinder hier durch, müssen sie wieder in die Schule. Ein Kind, was zu Hause unterrichtet wird, soll finanziell seitens des Staats so unterstützt werden wie Privatschulen je Schüler. Argumente des Ministeriums, in der Schule würde soziales Verhalten geschult werden, wurden seitens der Fraktion der AfD verworfen. Schlussendlich wurde der Antrag seitens der übrigen Fraktionen abgelehnt.

7. Medizinische Versorgung auf dem Land sicherstellen: Konzept des intersektoralen Gesundheitszentrums endlich umsetzen und übertragen“

Die Fraktion der AfD stellte den Antrag, das Konzept der Salus gGmbH schnellstmöglich umzusetzen und ein intersektorales Gesundheitszentrum in Havelberg und später in Genthin einzurichten. Es ging hier um die medizinische Grund- bzw. 24/7 Notfallversorgung und Erreichbarkeit eines Krankenhauses innerhalb von 15 Minuten. Die Fraktion der AfD bringt dazu das Beispiel eines Mannes mit Herzinfarkt, zu welchem der Rettungsdienst aus Brandenburg kommen musste und mangels Ortskenntnis viel zu lange brauchte. Der Mann sei später verstorben, was die AfD der verzögerten Erreichbarkeit eines Krankenhauses zuschreibt.

Diese Schlussfolgerung muss kritisch gesehen werden, da ein intersektorales Gesundheitszentrum mit einer Grund- und Notfallversorgung einem Herzinfarktpatienten nur sehr eingeschränkt helfen kann. Der Patient müsste ohnehin in einem Krankenhaus der Schwerpunktversorgung (mit angeschlossener Kardiologie inklusive Herzkatheterlabor und ITS) behandelt werden, sodass die Verbringung in ein Gesundheitszentrum nur wertvolle Zeit kosten würde. So schön ein Krankenhaus in der Nähe ist, hilft dies im Notfall nur mit einer entsprechenden personellen und technischen Ausstattung, was in ländlichen Gebieten realistischer Weise nicht sichergestellt werden kann. Das Thema wurde letztlich in den Sozialausschuss überwiesen, wo sich der Problematik eingehend gewidmet werden wird.

8. „Energiepreise stabilisieren – Nord Stream 2 unverzüglich in Betrieb nehmen“

Der Antrag wurde gemeinsam durch die Fraktionen der CDU, SPD und FDP gestellt, dies mit der Bitte an die Landesregierung, auf Bundesebene auf die Umsetzung von Nord Stream 2 hinzuwirken. Die Fraktion der CDU brachte an, dass wir mehr Gas- und Kohlekraftwerke benötigen, um die Grundlast abzusichern. Man müsse unter anderem die EEG-Umlage kurzfristig abschaffen und Transportkapazitäten schaffen. Die Fraktionen der CDU und DIE LINKE waren sich dahingehend einig, dass Gaskraftwerke als Übergangstechnologie benötigt werden. Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Regierungsfractionen angenommen.

9. „Wahl des Vizepräsidenten“

Die AfD-Fraktion schlug zur Wahl des dritten Vizepräsidenten des Landtages ihr Fraktionsmitglied, den Abgeordneten Christian Hecht, vor, welcher mit breiter Mehrheit nicht gewählt wurde.

Die nächste Landtagssitzung findet am 24.02.2022 und 25.02.2022 statt.

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL
Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben